

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 20+34 – Neuordnung des Glücksspiels

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin  
von Bündnis 90/Die Grünen,

**Monika Heinold:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 760.10 / 17.12.2010**

## **Intensive Debatte über Sucht und Präventionsangebote notwendig**

Ende 2011 läuft der Glücksspiel-Staatsvertrag aus und der Europäische Gerichtshof hat klar zum Ausdruck gebracht, dass die gegenwärtige Regelung des deutschen Glücksspielmarktes europarechtswidrig ist. Gleichzeitig können wir in Deutschland gewaltige Umsätze auf dem Schwarzmarkt der diversen Glücksspielangebote verzeichnen. Es besteht daher Handlungsbedarf. Das ist unbestritten.

Wir Grüne haben deutlich gemacht, dass wir uns einem konstruktiven Dialog nicht verschließen. Wir wollen einen vernünftigen Ordnungsrahmen für das Glücksspiel in Deutschland. Ein Ordnungsrahmen, der das verbotene Glücksspiel aus der Illegalität holt und den deutschen Regeln unterwirft, der andererseits aber auch den Spielerschutz und die Suchtprävention fest vor Augen hat.

Denn, um das ganz klar zu sagen: Glücksspiel ist gefährlich. Glücksspiel kann das Leben vieler Menschen in verheerender Weise verändern. Umso wichtiger ist es, dass wir eine intensive Debatte über Sucht und Präventionsangebote führen. Und umso wichtiger ist es, dass der neu zu schaffende Ordnungsrahmen einen effektiven Jugend- und Spielerschutz enthält.

Der Gesetzesentwurf von CDU und FDP widmet dem Spielerschutz einen eigenen Abschnitt. Das ist im Grundsatz löblich. Aber bevor man ein Gesetz mit so weit reichenden Konsequenzen verabschiedet, muss man zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der Glücksspielsucht im Land machen.

Dazu haben wir einen Antrag eingereicht – den Bericht der Landesregierung werden wir dann im Februar diskutieren.

Meine Damen und Herren, immer wieder wird von den Befürwortern einer Liberalisierung die Entwicklung in einigen europäischen Ländern als Vorbild für Deutschland genannt. Aber über die Frage, ob diese Liberalisierung zu einem höheren Suchtaufkommen geführt hat, gibt es weit auseinanderdriftende Thesen.

Deshalb stellen wir mit unserem Berichtsantrag genau diese Fragen: Welche Erfahrungen wurden gemacht? Welche Maßnahmen der Suchtprävention hat man ergriffen? Welche Schlüsse können wir daraus für Deutschland ziehen? Die Antwort auf diese Fragen brauchen wir vor der Verabschiedung des Gesetzes, meine Damen und Herren!

Liebe KollegInnen, das vielleicht größte Suchtpotential geht von den zahlreichen Automaten spielen in den Spielhallen und Gaststätten aus. Sicher: Noch liegt die Regelungskompetenz für diesen Bereich beim Bund. Aber das darf uns doch nicht davon abhalten, auch hier genau hinzuschauen und über Möglichkeiten der Suchtbekämpfung zu debattieren!

Ich fand es deshalb sehr enttäuschend, dass die Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage zugeben musste, bei der Frage des Jugendschutzes beim Automaten spiel im Tal der Ahnungslosen zu leben.

Herr Arp, leisten Sie Buße für ihre gesponserte Malta Reise und arbeiten Sie eine Woche ehrenamtlich in der Suchtprävention! Vielleicht bekommen Sie dann ein Gespür dafür, dass es neben den Lobbyinteressen der Glücksspielindustrie noch eine andere Welt gibt: Nämlich die Welt derjenigen, die am Glücksspiel zu Grunde gehen!

Meine Damen und Herren, nach dem Gesetzesentwurf von CDU und FDP soll die Glücksspielabgabe teilweise zur Förderung öffentlicher Zwecke verwendet werden. Uns ist es für den Fall einer Liberalisierung wichtig, dass ein erheblicher Teil der gewonnenen Einnahmen zwingend der Suchtprävention zugeführt wird. Wir werden im Ausschuss beantragen, dass sich das Parlament darüber mit der Landesstelle für Suchtfragen austauscht, die hierzu bereits konkrete Vorschläge gemacht hat.

Liebe KollegInnen, noch ist unklar, wie sich die anderen Bundesländer zu einer Liberalisierung des Glücksspiels verhalten. Es ist aus unserer Sicht zwar richtig, sich bundesweit für eine Liberalisierung einzusetzen. Aber es wäre falsch, wenn sich Schleswig-Holsteins für einen Alleingang entscheiden würde.

Schleswig-Holstein ist bekannt genug für seine Kapriolen – da müssen wir jetzt nicht auch noch das Las Vegas des Nordens werden! Wir wollen eine bundesweit einheitliche, vernünftige und kohärente Lösung! Für einen Alleingang des Landes stehen wir nicht zur Verfügung!

\*\*\*